

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik

Frank Decker

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik hatten rechtspopulistische Parteien bis zum Aufkommen der AfD 2013 keine Chancen, sich im Parteiensystem dauerhaft zu etablieren. Gleichzeitig gab und gibt es eine starke Präsenz des Rechtsextremismus in unterschiedlichen Erscheinungsformen – von der intellektuellen Neuen Rechten bis hin zu terroristischer Gewalt. Der Aufsatz stellt die verschiedenen Ausprägungen des Rechtspopulismus und -extremismus dar, analysiert ihre Wechselwirkungen und stellt Überlegungen an, mit welchen Mitteln ein weiteres Vordringen der mit ihnen verbundenen demokratiegefährdenden Tendenzen gestoppt werden kann.

Begriffliche Abgrenzungen

Rechtsextremismus ist neben Linksextremismus und religiösem Extremismus eine der Hauptspielarten des politischen Extremismus. Dabei handelt es sich um eine Ideologie oder Gesinnung, die am besten negativ definiert wird – als Absage an die grundlegenden Werte, Verfahren und Institutionen der freiheitlichen Demokratie (Backes/Jesse 1993). „Positiv“ kennzeichnen den Extremismus ein absoluter, dogmatisch vertretener Wahrheits- und Exklusivitätsglaube. Konstitutiv für den rechten Extremismus ist die Negation der fundamentalen menschlichen Gleichheit. An deren Stelle tritt der Suprematie- bzw. Reinheitsanspruch bestimmter Rassen oder Kulturen, der sich in der Vorstellung des ethnisch homogenen Nationalstaats verdichtet. Träger rechtsextremen Gedankenguts können Personen, Gruppierungen oder ganze Regime sein. Gleichzeitig lassen sich intellektuelle, aktionistische oder terroristische Spielarten unterscheiden.



Prof. Dr. Frank Decker

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie

Für die wissenschaftliche Analyse bietet sich wiederum eine Differenzierung zwischen dem Ideengut, der Strategie und der Organisation der als rechtsextrem eingestuften Phänomene an (Decker/Miliopoulos 2005).

Wo die Trennlinie zwischen Extremismus und Nicht-Extremismus verläuft, lässt sich nicht immer exakt bestimmen. Zur Entkräftung des Extremismusverdachts nicht geeignet ist der Verzicht auf Gewaltausübung, da sich dahinter auch taktisch motivierte Verschleierungsabsichten verbergen können. Schwieriger wird es, wenn sich die Wertenegation nicht auf den demokratischen Verfassungsstaat in Gänze bezieht, sondern lediglich auf einzelne seiner Elemente. Manche Autoren versuchen dies zu berücksichtigen, indem sie zwischen harten und weichen Extremismen unterscheiden bzw. für die weiche Form andere Bezeichnungen wie Rechtsradikalismus oder Rechtspopulismus verwenden (Jesse 2009).

Zumindest mit Blick auf den Rechtspopulismus erweist sich eine solche Begriffsabgrenzung allerdings als unscharf. Im Zentrum des Populismus stehen die Kritik der herrschenden Eliten und der Rekurs auf das einfache Volk (Decker 2004: 21 ff.). Dabei handelt es sich nicht nur um eine Agitationsform oder ein politisches Stilmittel, wie gelegentlich behauptet wird, sondern auch um ein ideologisches Merkmal. Im Unterschied zum Rechtsextremismus versteht sich der Rechtspopulismus keineswegs als anti-demokratisch; er beansprucht im Gegenteil die wahre Form der Demokratie zu vertreten, indem er den vermeintlichen Volkswillen gegen die Rechte von Einzelnen oder Minderheiten in Stellung bringt. Je anti-liberaler und anti-pluralistischer er dabei auftritt, desto größer sind seine Schnittmengen zum Extremismus (Müller 2016).

Dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eine erfolgreiche Verbindung eingehen können, lässt sich historisch an den Beispielen des Nationalsozialismus und italienischen Faschismus belegen. Blickt man auf die heutigen Rechtsaußenparteien, gilt die Formel allerdings nur eingeschränkt. Standen Parteien wie der französische Front National oder der belgische Vlaams Blok in der Vergangenheit für eine extremistische Spielart des Rechtspopulismus, war es bei den anderen Neuankömmlingen – von den skandinavischen Fortschrittsparteien über Berlusconi's Forza Italia bis hin zu Wilders' Freiheitspartei in den Niederlanden – von Anfang an unstreitig, dass sie nicht als rechtsextrem gelten konnten (Decker/Henningsen/Jakobsen 2015). Andererseits kann es rechtsextreme Parteien geben, denen die typischen Merkmale des Populismus fehlen. Dies gilt etwa für die bundesdeutsche NPD, deren – gemessen am Erfolg anderer Rechtsparteien in Europa – bis heute äußerst bescheidener Wählerzuspruch nicht zuletzt hierin ihren Grund hat.

Erscheinungsformen

Generell und in zugegebener Vereinfachung lassen sich in der Bundesrepublik folgende vier Erscheinungsformen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus unterscheiden:

1. Parteien

Die wichtigste, weil potenziell folgenreichste (wirksamste) Form sind Parteien. Der Rechtspopulismus konzentriert sich in dieser Form, da die Wähleransprache, das "sich zum umworbenen Volk in Beziehung setzen" zu seinen konstitutiven Prinzipien gehört. Für den Rechtsextremismus ist demgegenüber charakteristisch, dass er auch in anderen Formen auftritt.

Sowohl rechtspopulistische als auch rechtsextremistische Parteien hatten in der Bundesrepublik bis zum Auftreten der AfD nur sporadischen Erfolg. Nach dem raschen Abebben der ersten Welle zu Beginn der fünfziger und der zweiten Welle Ende der sechziger Jahre setzte zu Beginn der achtziger Jahre eine dritte Welle ein, die bis heute nicht abgerissen ist. Keinem der rechtspopulistischen und keinem der rechtsextremen Akteure gelang auf dieser Welle jedoch die dauerhafte parteipolitische Etablierung. Unter den gescheiterten Rechtspopulisten sind die Hamburger Stadt-Partei, der Bund Freier Bürger und die ebenfalls von Hamburg aus gestartete Schill-Partei zu nennen, unter den auf regionaler Ebene gelegentlich erfolgreichen Rechtsextremisten neben der NPD vor allem die (später in der NPD aufgegangene) DVU. Die als rechtskonservative Abspaltung von der CSU entstandenen Republikaner wurden unter dem Vorsitz von Franz Schönhuber rasch zu einer rechtspopulistischen Kraft transformiert, in deren Ideologie und Organisation rechtsextreme Elemente zunehmend einsickerten. Nach einigen spektakulären Landtagswahlerfolgen verschwand die Partei ab Mitte der neunziger Jahre ebenso rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit (Decker 2000).

Eine vergleichbare Entstehungsgeschichte hat die AfD hinter sich. Auch sie ist als liberal-konservative Abspaltung im bürgerlichen Lager entstanden und hat sich dann bald dem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geöffnet. Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer bestimmten gesellschaftlichen Krisenkonstellation bedarf – der amerikanische Historiker Lawrence Goodwyn (1976) spricht von „populistischen Momenten“ –, um neue Parteien und Bewegungen hervorzubringen. Im Falle der AfD war dies die Finanz- und Eurokrise. Sie öffnete das Gelegenheitsfenster für eine neue EU-kritische Partei, deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – geeignet waren, um daran eine breitere rechtspopulistische Plattform anzudocken.

Begünstigend wirkte sich dabei aus, dass der Neuling auf ein bereits vorhandenes Netzwerk an gesellschaftlichen und politischen Strukturen zurückgreifen konnte. Die AfD fing also bei ihrer offiziellen Gründung im April 2013 nicht bei Null an (Bebnowski 2015). Als Vorläufer und Sammlungsbewegungen im Vorfeld sind unter anderem zu nennen: die bereits erwähnte, im Gefolge des Maastricht-Vertrags 1993 entstandene und 2000 wieder aufgelöste europakritische Partei Bund Freier Bürger, die Hayek-Gesellschaft, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das Bündnis Bürgerwille, die Wahlalternative 2013 und das von Beatrix von Storch initiierte fundamentalchristliche Kampagnennetzwerk Zivile Koalition. Letzteres weist darauf hin, dass die Verbindung von wirtschaftlich liberalen und gesellschaftlich konservativen beziehungsweise nationalen Positionen in der politischen Stoßrichtung der AfD von Beginn an angelegt war.

Viele der AfD-Führungsfiguren stammten und stammen aus dem bürgerlichen Lager von Union und FDP, hier allerdings nur aus der „zweiten Reihe“. So kehrte beispielsweise Bernd Lucke, der bis zu seinem Austritt im Juli 2015 das bekannteste Gesicht der Partei war und neben Alexander Gauland und Konrad Adam zu ihrem Gründungstrio gehörte, der CDU wegen deren Kurs in der Eurokrise den Rücken, während Gauland auf seine negativen Erfahrungen mit dem „Berliner Kreis“ verweist – einem Zusammenschluss von Vertretern der Parteirechten innerhalb der CDU, der von der Vorsitzenden Angela Merkel und ihrem damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe offen bekämpft wurde. Der frühere Industrieverbandspräsident Hans-Olaf Henkel hatte wiederum – nach einem kurzen Umweg über die Freien Wähler – von der FDP zur AfD gefunden.

Die Abspaltungstendenzen lassen sich nachvollziehen, wenn man die Entwicklung bedenkt, die CDU und FDP in den letzten eineinhalb Jahrzehnten genommen haben. Die FDP fiel als euroskeptische Stimme aus, nachdem sich die Parteibasis mit knapper Mehrheit für eine Unterstützung der Rettungspolitik ausgesprochen hatte. Auch in anderen Fragen gelang es ihr nicht, in der gemeinsamen Regierung ein Gegengewicht zur Union zu bilden und eigene Positionen (etwa in der Steuerpolitik) durchzusetzen. Die CDU hat sich wiederum unter Merkels Führung einerseits wirtschaftspolitisch „sozialdemokratisiert“ und der von Merkel selbst zu Beginn noch favorisierten liberalen Reformagenda abgeschworen. Andererseits ist sie kulturell immer mehr in die Mitte gerückt, indem hergebrachte Positionen in der Familien- und Gesellschaftspolitik reihum aufgegeben wurden – von der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften über die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote in Unternehmen bis hin zur Öffnung für ein modernes Einwanderungsrecht liegt die Partei heute ganz auf der Linie des Zeitgeistes. Beide bürgerliche Parteien haben also durch ihren programmatischen Kurs und ihr Regierungshandeln eine Nische im Parteiensystem geöffnet, in die die AfD hineinspringen konnte.

Bei der Suche nach den Ursprüngen und Erfolgsursachen darf schließlich die Sarrazin-Debatte nicht unerwähnt bleiben. Die in Buchform veröffentlichten Thesen des SPD-Politikers und früheren Bundesbankvorstands zum angeblichen Scheitern der Einwanderungs- und Integrationspolitik, die die Bundesrepublik im Sommer 2010 für mehrere Monate in Atem hielten, trugen dazu bei, den diskursiven Raum für den Rechtspopulismus zu öffnen (Sarrazin 2010). Dies galt zumal, als Sarrazin seine Programmformel mit Büchern zur Eurokrise und Political Correctness weiter ausbuchstabierte. Insofern könnte man ihn als eine Art *Spiritus rector* der AfD bezeichnen und sich fragen, warum er nicht längst von der SPD zu den Rechtspopulisten übergewechselt ist.

2. Die Neue Rechte

Damit ist auf eine zweite Erscheinungsform verwiesen: den intellektuellen Rechtspopulismus und -extremismus, der in Deutschland und anderen Ländern unter dem Sammelbegriff der Neuen Rechten firmiert (Weiß 2017). Dabei handelt es sich um keine zusammenhängende oder gar einheitliche Organisation, sondern um ein eher lockeres und zugleich ideologisch heterogenes Netzwerk aus Personen, politischen Projekten, Publikationen und Verlagen. Als wichtigste Vertreter sind in der Bundesrepublik zum einen das Institut für Staatspolitik mit seinem Frontmann Götz Kubitschek zu nennen, das unter anderem die Zeitschrift *Sezession* herausgibt, zum anderen die Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Weil das IfS eine radikale und die Junge Freiheit eine gemäßigttere Ausrichtung der Neuen Rechten verfißt, stehen sich beide inzwischen in deutlicher Abneigung gegenüber (Kellershohn 2016). Ziel der Neuen Rechten ist es, auf die politische Kultur der Bundesrepublik im Sinne ihrer Ziele einzuwirken, um die Hegemonie in den Köpfen zu erringen. Ihrem Auftreten und Selbstverständnis nach verkörpert sie eine Art „Bewegungselite“. Charakteristisch für das Denken und die Ideologie der Neuen Rechten sind unter anderem folgende Merkmale: Freund-Feind-Denken im Rückgriff auf Carl Schmitt, ethnopluralistische Konzeption einer homogenen, von fremden Einflüssen freigehaltenen nationalen Gemeinschaft, autoritärer Etatismus, Wahrheitsanspruch, Vorrang des Kollektivs vor dem Individuum, Anti-Universalismus und Distanzierung von der NS-Ideologie. Laut einer viel bemühten Interpretationsfigur von Wolfgang Gessenharter (1994: 57ff.) bildet die Neue Rechte ein Scharnier zwischen dem demokratischen Konservatismus und dem Rechtsextremismus. Dagegen fremdelt sie mit dem sich bewusst anti-elitär gebenden Populismus.

3. *Militanz und Gewalt*

Die dritte Erscheinungsform des Rechtsextremismus sind Militanz und Gewalt. Die Aufdeckung der sich über ein Jahrzehnt erstreckenden Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds hat noch einmal ins Bewusstsein gerückt, dass darunter auch terroristische Aktionen und Strukturen fallen. So schlimm die genannten Erscheinungen einer organisierten rechtsextremen Gewaltkriminalität sind, stellen sie gegenüber den spontanen, unorganisiert auftretenden Gewaltakten mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Hintergrund das geringere Problem dar. Auch diese treten in der Bundesrepublik zwar nur sporadisch in Erscheinung, doch handelt es sich um ein konstanteres und in der Fläche weiter verbreitetes Phänomen als der Rechtsterrorismus (Miliopoulos 2015).

Ihrem ersten Höhepunkt strebten die zumeist unter der Beteiligung rechtsextremer Skinheads durchgeführten Gewaltdelikte in den Jahren 1991 und 1992 zu. Die Brandanschläge auf Asylbewerberheime bzw. von Ausländern bewohnte Häuser in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen haben sich bis heute tief in das kollektive Gedächtnis eingeprägt. Die Zahl der Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund stieg Anfang der neunziger Jahre sprunghaft an und hat sich seither auf konstant hohem Niveau gehalten. Im Zuge der Flüchtlingskrise sollte sie 2015 und 2016 noch einmal neue Rekordwerte erreichen. Nach Angaben des Bundeskriminalamts wurden 2015 894 politisch motivierte, mithin extremistische Straftaten gezählt, davon 153 Gewaltakte. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte.

4. *Aktionen unterhalb der Gewaltschwelle*

Die vierte Erscheinungsform stellen Aktionen dar, die unterhalb der Gewaltschwelle verlaufen. Diese reichen von der herkömmlichen Demonstration bis hin zu Formen der Spaß- und Kommunikationsguerilla, wie sie heute z.B. von der Identitären Bewegung eingesetzt werden. Gemeinsam ist diesen Formen, dass sie man sie eigentlich eher aus dem linken Lager kennt bzw. sie dorthin stammen, und zwar sowohl auf Seiten der radikalen als auch der gemäßigten Linken.

Ein besonderer Blick lohnt in diesem Zusammenhang auf die Pegida-Bewegung, die in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden seit Oktober 2014 tausende von Menschen Woche für Woche zu Massendemonstrationen auf die Straße lockte. Aus einer Facebook-Gruppe hervorgegangen, bildete Pegida rasch Ableger in anderen ost- und westdeutschen und sogar ausländischen Städten (Wien, Kopenhagen, Newcastle). Deren Zulauf blieb aber nicht nur deutlich hinter dem Dresdner Original, sondern auch hinter den nun geballt einsetzenden Gegendemonstrationen zurück. Letztere waren in ihrer Wirkung insofern ambivalent, als sie die mediale Aufmerksamkeit für Pegida über Gebühr verstärkten, was zugleich ein starkes wissenschaftliches Interesse an dem Phänomen nach sich zog. Tatsächlich handelte und handelt es sich bei Pegida in hohem Maße um ein regionales – ostdeutsches und sächsisches – beziehungsweise lokales – Dresdner – Phänomen (Patzelt/Klose 2016).

Dies zeigt sich auch daran, dass die Pegidisten in ihrer Aktionsform bewusst an die Tradition der „Montagsdemonstrationen“ anknüpften, die auf die Massenproteste gegen das untergehende DDR-Regime im Herbst 1989 zurückging und seither auch bei anderen Anlässen aktiviert wurde (etwa bei den Protesten gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Schröder-Regierung im Jahre 2004). Ihren Höhepunkt erreichten die Demonstrationen in Dresden im Januar 2015, als geschätzt etwa 20.000 Teilnehmer wöchentlich auf die Straße gingen. Danach ebte der Zulauf rasch ab, um sich

– nach einem kurzen Zwischenhoch im Umfeld der Flüchtlingskrise – 2016 bei etwa 2.000 bis 3.000 Personen einzupendeln.

Wechselwirkungen

Aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht drängt sich vor diesem Hintergrund die Frage auf, in welchem Verhältnis die verschiedenen Äußerungsformen zueinander stehen. Sind die Phänomene um selben Entstehungszusammenhang, etwa als Ausdruck einer gesellschaftlichen Proteststimmung zu deuten, könnten sie einerseits funktionale Äquivalente bilden, die sich in ihrem Auftreten und ihrer Wirksamkeit gegenseitig begrenzen. Ruud Koopmans (1995) hat in einer internationalen Vergleichsuntersuchung, die inzwischen allerdings über 20 Jahre zurückliegt, Belege für einen solche Kanalisierungsfunktion beigebracht. In den Ländern, in denen starke rechtspopulistische Parteien dem Protest eine Stimme verliehen wie z.B. in Frankreich oder Österreich, war danach das Niveau an rechtsextremer Gewalt geringer als dort, wo es an einer solchen Stimme fehlte. Parteien und Bewegungen wie AfD und Pegida könnten also durchaus eine nützliche Rolle spielen, wenn sie dazu beitragen, dass der Protest nicht in schlimmere, sprich: gewaltsame Bahnen oder rechtsextremes Sektierertum abgeleitet. Der umgekehrte Zusammenhang erscheint aber theoretisch genauso plausibel. Machen Rechtspopulisten Stimmung gegen die Fremden und diejenigen, die das Eindringen der Fremden betreiben, erzeugen sie ein Klima, das zur Gewaltanwendung womöglich erst ermuntert (Backes/Mletzko/Stoye 2010). Der Anstieg der rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten, den die Verfassungsschutzämter seit 2014 vermelden, scheint dem Recht zu geben. Die neuen Länder und hier wiederum vor allem Sachsen sind dabei überproportional vertreten. Gleichzeitig mehren sich die Hinweise, dass die Pegida-Bewegung in Ostdeutschland in dieses gewaltbereite Milieu „diffundiert“ ist.

Am deutlichsten lässt sich der Verstärkereffekt an der Entwicklung der AfD ablesen. Charakteristisch für die neunziger und 2000er Jahre war, dass der Schwäche des parteiförmigen Rechtspopulismus in Deutschland eine hohe Kontinuität der verschiedenen Ausprägungen des Rechtsextremismus gegenüberstand. Dieser hatte spezifische Ursachen, die nur zum Teil auf das Vorliegen einer gesellschaftlichen Proteststimmung zurückgeführt werden konnten, weit in die Zeit davor zurückreichten und in die neuen Länder aus dem Westen größtenteils exportiert wurden.

Das Fortbestehen bzw. Wiedererstarken des Rechtsextremismus war und bleibt vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit einerseits erstaunlich. Andererseits hat das NS-Erbe dafür gesorgt, dass die rechtsextremen Erscheinungen in der Bundesrepublik in jeglicher Hinsicht – gesellschaftlich, politisch und rechtlich – stigmatisiert sind. Gerade hier liegt die Erklärung für die starke Sogwirkung, die Parteien wie die AfD im rechtsextremen Lager entfalten. Weil sich die Rechtspopulisten einen gemäßigeren Anstrich geben, bieten sie den rechtsextremen Akteuren Gelegenheit, ihre eigene Stigmatisierung zu überwinden. Dem Schicksal, von diesen Akteuren unterwandert und in Beschlag genommen zu werden, ist bisher keine rechtspopulistische Gruppierung in der Bundesrepublik entkommen – von den Republikanern über den Bund Freier Bürger bis zur Schill-Partei. Das lag auch daran, dass diese Parteien selbst häufig der Versuchung erlagen, sich das organisatorische und elektorale Potenzial dieser Akteure zunutze zu machen.

Auch die AfD hat ihre Brücken nach ganz rechtsaußen zunehmend ausgebaut und verstärkt (Häusler/Roeser 2015). Das gilt nicht nur, aber besonders für Ostdeutsch-

land, wo Teile der Partei offen rassistische und demokratiefeindliche Positionen vertreten. Wie schwierig es geworden ist, klare Trennlinien zum Rechtsextremismus zu ziehen, zeigt der Umgang mit dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, dessen vom Bundesvorstand im Mai 2015 eingeleitetes Ausschlussverfahren nach der Abwahl Bernd Luckes eingestellt wurde. Höcke, der Kontakte zum NPD-Umfeld der Neuen Rechten und zur Identitären Bewegung pflegt, ist mit seinen radikalen Ansichten nicht nur den gemäßigteren Teilen der Partei ein Dorn im Auge, sondern auch vielen national-konservativen Vertretern, die sich um die Reputation der AfD im bürgerlichen Lager sorgen. Bleiben deren künftigen Wahlergebnisse hinter den Erwartungen zurück, was nach einem Abflauen der Proteststimmung gegen die Flüchtlings- und Migrationspolitik leicht der Fall sein kann, dürfte die Auseinandersetzung zwischen den Gemäßigten und Radikalen an Schärfe zunehmen. Die Spaltung, die die Partei 2015 zunächst deutlich zurückwarf, bevor sie durch das „Geschenk“ der Flüchtlingskrise zu ihrem elektoralen Höhenflug ansetzte, muss also keineswegs die letzte gewesen sein.

Rosiger sind die Aussichten der AfD, wenn man den Blick weg von der Akteurs- auf die Nachfrageseite lenkt. Vergewärtigt man sich die immensen Herausforderungen und den Veränderungsdruck, mit denen die deutsche Gesellschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten durch die Zuwanderer konfrontiert sein wird, wäre es verwunderlich, wenn eine migrationskritische Partei wie die AfD daraus keinen Nutzen ziehen könnte. Die Motivlagen der AfD-Wähler lassen sich vielleicht mit dem Begriffspaar „Unsicherheit“ und „Unbehagen“ am besten umschreiben. Unsicherheit bezieht sich dabei mehr auf die soziale Situation, also die Sorge vor Wohlstandsverlusten, während Unbehagen auf kulturelle Entfremdungsgefühle abzielt, den Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen. Beide Motive verbinden sich im Bedürfnis, die staatlichen Leistungen auf die eigene, einheimische Bevölkerung zu konzentrieren – die vermeintlich nicht-zugehörigen Zuwanderer sollen ausgeschlossen bleiben („Wohlfahrtschauvinismus“). Dass die Angst vor dem Fremden nicht dort am größten ist, wo die meisten Fremden leben, ist keine neue Erkenntnis, ebenso wenig die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster bis in die Mitte der Gesellschaft (Zick/Küpper/Krause 2016). Indem sie den Protest gegen die von allen übrigen Parteien (mit Ausnahme der CSU) im Grundsatz mitgetragene Flüchtlingspolitik anfacht, bringt die AfD diese latenten Überzeugungen an die politische Oberfläche. Gleichzeitig profitiert sie von nicht-extremistischen Überzeugungswählern aus dem bürgerlich-konservativen Bereich, die sich von der nach links gerückten CDU nicht mehr vertreten fühlen.

Blickt man noch einmal gesondert nach Ostdeutschland, so dürfte neben dem intellektuellen Umfeld der Neuen Rechten auch der von Pegida auf die Straße getragene Protest zum Erfolg der AfD beigetragen haben. Offizielle Solidaritätsadressen, Unterstützungsbekundungen oder eine Einladung zur Zusammenarbeit mit Pegida blieben von Seiten der Partei zwar aus, weil man Sorge hatte, mit etwaigen rechtsextremen Tendenzen sowohl in der Organisation der Protestbewegung als auch unter den Demonstrationsteilnehmern in Verbindung gebracht zu werden. Dennoch erscheint es naheliegend, Pegida als Ausdruck derselben rechtspopulistischen Grundstimmung in weiten Teilen der ostdeutschen Wählerschaft zu deuten, die der AfD dort ein in etwa doppelt so hohes Wählerpotenzial sichert wie in der alten Bundesrepublik. Ob Pegida ohne die „Vorarbeit“ der AfD in dieser Form entstanden wäre und einen so großen Zulauf gehabt hätte, ist fraglich. Umgekehrt dürfte deren Etablierung im Parteiensystem, die dem Protest eine kontinuierlich vernehmbare, politisch wirksame Stimme ver-

leiht, mit dazu beigetragen haben, dass die Demonstrationsbewegung nach ihrem Höhepunkt Anfang 2015 relativ rasch in sich zusammengefallen ist.

Gegenmittel

Die Bundesrepublik, die auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus lange Zeit ein weißer Fleck war, muss sich an die neu entstandenen Kräfteverhältnisse noch gewöhnen. Auch in den anderen europäischen Demokratien haben die populistischen Akteure die Parteiensysteme nachhaltig verändert. Ihre Bezeichnung als „Protestparteien“ täuscht über die Langlebigkeit des Phänomens hinweg. Treffender erscheint es, die neu entstandenen Parteien als „Sprachrohre der Unzufriedenheit“ zu betrachten, die Repräsentationslücken der etablierten Politik offenlegen und ausgleichen. In diesem Sinne und soweit sie sich im Rahmen des „Verfassungsbogens“ bewegen, erfüllen die Populisten eine für die Demokratie potenziell nützliche Funktion (Decker 2017).

Die Einschränkung „potenziell“ ist wichtig. Sie weist darauf hin, dass die herausgeforderten Parteien unterschiedliche Möglichkeiten haben, auf die Herausforderer zu reagieren. Dabei geht es nicht einfach um die Alternative „Anpassung oder Abgrenzung“, wie es häufig plakativ heißt. So macht es z.B. einen Unterschied, ob die Formen und Stilmittel des Populismus übernommen werden oder dessen inhaltliche Positionen. Eine Abgrenzungsstrategie muss nicht ausschließen, dass man sich der unliebsamen Konkurrenz in der Substanz annähert. Umgekehrt kann eine Anpassungsstrategie von heftigen verbalen Attacken auf die populistischen Akteure begleitet sein.

Zu fragen ist weiter, worauf sich die Abgrenzung oder Anpassung genau bezieht. Wenn die etablierten Parteien sich der Probleme/Themen annehmen, die von den Herausforderern aufgebracht werden, heißt das noch lange nicht, dass sie auch die Antworten oder Lösungsvorschläge für diese Probleme teilen. Zum Wesen des Populismus gehört, dass er solche Antworten entweder gar nicht gibt. Oder die Antworten gehen an der Komplexität der Probleme vorbei. Wenn Politiker und Parteien sich gegenseitig Populismus vorwerfen, ist in der Regel genau dieses gemeint.

Die Politikunfähigkeit des Populismus muss von seinen Anhängern aber nicht unbedingt als Problem empfunden werden. Wäre das der Fall, dann könnten die populistischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit nur in der Oppositionsrolle ausspielen bzw. bewahren. Die Realität hat diese Erwartung zum Teil widerlegt. Während die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst hinnehmen mussten, zeigt der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei, dass sich Widerstand gegen europäische Integration, Einwanderungsskepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde lange von einer rechtspopulistischen Allianz der Forza Italia Berlusconi mit der Lega Nord regiert. Die Dänische Volkspartei ist zwar nicht direkt in Regierungsverantwortung gewesen, bestimmte aber von 2001 bis 2011 als tolerierender Partner der liberal-konservativen Regierung deren Kurs maßgeblich mit. Unter ihrem Druck wurden die Einwanderungs- und Asylgesetze drastisch verschärft sowie eine Renationalisierung der Europapolitik eingeleitet.

Auf der anderen Seite stehen Länder, die um die populistische Konkurrenz einen „Schutzgürtel“ legen und ihr gegenüber strikte Distanz halten. So ist z.B. in Schweden jegliche Form der Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten verpönt, es gibt nicht einmal Gesprächskontakte. Auch politikinhaltlich wetteiferten die etablierten Vertreter lange Zeit darum, sich von den restriktiven Positionen der rechten Heraus-

forderer in der Einwanderungs- und Asylpolitik möglichst stark abzuheben. Falls das Ziel dieser Politik darin bestanden haben sollte, den Vormarsch der Rechtspopulisten zu stoppen, war der liberale schwedische Ansatz genauso wenig erfolgreich wie die dänische Anpassungsstrategie. Inzwischen liegen die Schwedendemokraten in den Umfragen bei über 20 Prozent.

Neben den thematischen Gelegenheiten auf der Nachfrageseite wirken sich auch der Wandel der politischen Kommunikationsstrukturen begünstigend für den Rechtspopulismus aus. Stellte es für die Außenseiter- oder Randparteien früher ein Problem dar, dass ihnen der Zugang zu den traditionellen Medien erschwert war oder diese ihnen überwiegend kritisch bis ablehnend begegneten, so können sie ihre Anhänger heute ohne dazwischen geschaltete Filter über die sozialen Netzwerke auf direktem Wege ansprechen. Dies gibt ihnen zugleich die Chance, die traditionellen Medien als Teil des verhassten politischen und gesellschaftlichen Establishments zu brandmarken. Am stärksten werden die sozialen Medien in der Bundesrepublik gegenwärtig von der AfD eingesetzt, die z. B. auf Facebook über mehr als doppelt so viele Fans verfügt wie Union und SPD zusammen.

Welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus diesen Erfolgsbedingungen und dem Scheitern der bisherigen, gegensätzlichen Bekämpfungsstrategien ableiten? Neben der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung, die sich als Empfehlung von selbst versteht, erscheinen folgende vier Aufgaben(felder) wesentlich, um das Übel bei der Wurzel (der gesellschaftlichen und politischen Probleme) zu packen:

Erstens bedarf es auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene einer Politik, die ökonomischen und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rückt. Das Bewusstsein der Bedeutung, die der Wohlfahrtsstaat für diesen Zusammenhalt gewinnt, ist in der Vergangenheit mehr und mehr abhandengekommen. Sie zeigt sich gerade mit Blick auf den internationalen Wettbewerb: Je weiter sich die Volkswirtschaften nach außen öffnen, umso wichtiger werden Bildung und Ausbildung (um sich für den Wettbewerb zu wappnen), aber auch die Absicherung gegen die durch den Wettbewerb entstehenden Risiken im Inneren. Gelingt es der Politik nicht, eine Gesellschaft auf der Basis von Chancengleichheit und Fairness zu errichten, kann das Populismus-Potenzial nicht reduziert werden.

Zweitens muss man beim Rechtspopulismus versuchen, der Konkurrenz auf deren eigenem Feld zu begegnen – der Wertepolitik. Dies stellt vor allem für die in ihrem Werteverständnis eher materialistisch geprägten Sozialdemokraten ein schwieriges Problem dar, die verloren gegangenen Kredit aber nur zurückgewinnen können, wenn sie der rechten „Gegenmodernisierung“ ein eigenes, nicht-regressives Modell einer guten Gesellschaft entgegenstellen, das die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit aufnimmt. Dies gilt vor allem für die Zuwanderungspolitik. So entschieden man der rechtspopulistischen Perfidie entgegentreten muss, soziale Konflikte in rein kulturelle oder nationale Konflikte umzudeuten, so wenig sollte man umgekehrt der Versuchung unterliegen, kulturelle Differenz (und den Umgang mit ihr) auf ein ausschließlich soziales Problem zu reduzieren.

Drittens gilt es deutlich zu machen, warum eine Politik, die die Märkte auf der europäischen und transnationalen Ebene reguliert und dazu nationale Zuständigkeiten abgibt (bzw. abzugeben bereit wäre), dennoch im nationalen Interesse ist. Diese Herausforderung stellt sich in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken Populismus gleichermaßen. Die zunehmend europamüden Bürger lassen sich für das Integrationsprojekt nur zurückgewinnen, wenn die sozialen und kulturellen Nebenfolgen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, nicht mehr ausschließlich der national-

staatlichen Politik aufgebürdet werden. In anderen Bereichen – etwa der Außen- und Verteidigungspolitik – wäre es geboten, dass die politischen Eliten selbst über ihren Schatten springen; hier scheitert die Überwindung des nationalen Denkens nicht an den Widerständen der Bevölkerung.

Und viertens müssen die Parteien sich nach außen hin gegenüber den Bürgern öffnen. Dies verlangt nach einem anderen Repräsentations- und Organisationsverständnis, das mit dem heutigen Modell der von oben gesteuerten Mitglieder- und Funktionsparteien bricht. Überlegt werden sollte auch, ob und in welcher Form man die repräsentative Parteiendemokratie durch direktdemokratische Beteiligungsverfahren ergänzen kann – damit sich die Rechtspopulisten dieser Forderung nicht exklusiv bemächtigen. Vor allem braucht es eine neue Kultur des Zuhörens und Aufeinanderzugehens. Die in einer Demokratie unverzichtbare Volksnähe des Politikers gebietet nicht, dem Volkswillen hinterherzulaufen, sondern den Bürgern Gehör zu schenken. Dies setzt voraus, dass man die Lebenswirklichkeiten seiner Wähler kennt oder ihnen zumindest nicht ausweicht.

Literatur

- Backes, Uwe/Eckhard Jesse (1993), *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn.
- Backes, Uwe/Matthias Mletzko/Jan Stoye (2010), *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt*, Köln.
- Bebnowski, David (2015), *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-08286-4>
- Decker, Frank (2000), Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland. Republikaner, Statt-Partei und der Bund Freier Bürger, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29 (2), S. 237-255.
- Decker, Frank (2004), *Der neue Rechtspopulismus*, 2. Aufl., Opladen.
<https://doi.org/10.1007/978-3-663-09621-4>
- Decker, Frank (2017), Populismus in Westeuropa. Theoretische Einordnung und vergleichenden Perspektiven, in: Gertraud Diendorfer/Günther Sandner/Elisabeth Turek (Hg.), *Populismus – Gleichheit – Differenz*, Schwalbach/Ts., S. 11-28.
- Decker, Frank/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen, Hg. (2015), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden.
- Decker, Frank/Lazaros Miliopoulos (2005), Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik: Eine Bestandsaufnahme, in: *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2004/2005, hgg. Von Martin H. W. Möllers und Robert Chr. Van Ooyen, Frankfurt a.M., S. 117-155.
- Gessenharter, Wolfgang (1994), *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München.
- Goodwyn, Lawrence (1976), *Democratic Promise. The Populist Moment in America*, New York.
- Häusler, Alexander/Rainer Roeser (2015), Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus: Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks in der AfD, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut – Verachtung – Abwertung, Bonn, S. 124-145.
- Kellershohn, Helmut (2016), Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt, in: Stephan Braun u.a. (Hg.), *Strategien der extremen Rechten*, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 439–467. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01984-6_20
- Jesse, Eckhard (2009), Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 21, Baden-Baden, S. 13-31.

- Miliopoulos, Lazaros (2015), Rechtsterrorismus in Deutschland in historisch-politischer Perspektive. Was tun?, in: Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Baden-Baden, S. 359-377.
- Müller, Jan-Werner (2016), Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Patzelt, Werner J./Joachim Klose (2016), Pegida. Warnsignale aus Dresden, Dresden.
- Sarrazin, Thilo (2010), Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.
- Weiß, Volker (2017), Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.
- Zick, Andreas/Beate Küpper/Daniela Krause (2016), Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn.

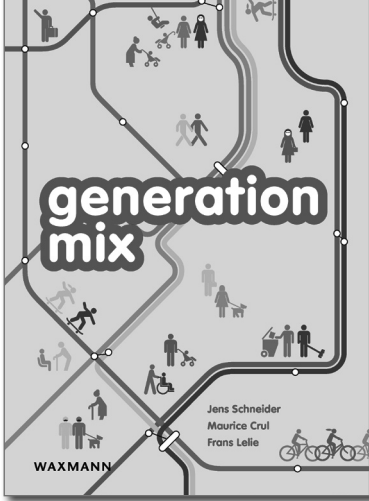
Maurice Crul,
Frans Lelie

generation mix

Die superdiverse Zukunft
unserer Städte und
was wir daraus machen

132 Seiten, br., 19,90 €,
durchgehend vierfarbig,
ISBN 978-3-8309-3182-9

E-Book: 18,99 €,
ISBN 978-3-8309-8182-4



In den europäischen Städten vollzieht sich eine demographische Revolution. In Amsterdam, London und Brüssel ist es schon soweit, in Deutschland werden Frankfurt, Augsburg und Stuttgart als erste folgen: Es gibt in ihnen keine „Mehrheitsgesellschaft“ mehr. Gleichzeitig werden klare ethnische Zuordnungen immer schwieriger, Mehrdeutigkeiten und Mehrfach-Identitäten immer wichtiger. Der englische Fachbegriff dafür: Superdiversity.

Was muss gegeben sein, damit die superdiverse Stadt als Gemeinwesen funktioniert und ein Fundament hat, das gleichberechtigte Teilhabe und Freiheit ermöglicht? Was ist die gemeinsame Basis in einer Stadt, die nur aus Minderheiten besteht?

Ausgehend von der europäischen TIES-Studie zeigen die Autoren, dass wir genau jetzt an einer wichtigen Weggabelung stehen: Nur die Städte, die allen ihren Talenten einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Jobs und Zugehörigkeit bieten, werden dabei erfolgreich sein.

Die Protagonisten des Gelingens sind diejenigen jungen Leute, die die neue urbane Wirklichkeit bereits leben. Die Generation Mix ist mehrsprachig und interkulturell, sie pflegt das kulturelle Erbe der Eltern und kreiert gleichzeitig die neue Stadtkultur.